

Oliver Müller

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Mitglied des Stadtrates der Landeshauptstadt Magdeburg, *Jugend-, Familien- und Gleichstellungspolitischer Sprecher* der Fraktion DIE LINKE, **Vorsitzender** im Ausschuss für Familie und Gleichstellung, **Stellv. Vorsitzender** im Jugendhilfeausschuss, Mitglied im Verwaltungsausschuss, Mitglied im Kulturausschuss

Telefon (0174) 3119064

eMail OlivMl@aol.com
DIELINKE.Fraktion@stadt.magdeburg.de
www.dielinke-stadtratsfraktion-md.de

PRESSEMITTEILUNG

Stadtrat beschließt einstimmig Antrag zum Hortentwicklungskonzept der LINKEN

Immer wieder gab es in den zurückliegenden Monaten Kritik und Probleme wegen zum Teil überfüllter Schulhorte bzw. ungünstiger Raumbedingungen, nicht selten im Keller von Schulgebäuden. Mag das bei alten und noch unsanierten Schulgebäuden noch halbwegs verständlich gewesen sein, ist eine Grenze erreicht, wenn ähnliche Bedingungen auch in frisch sanierten Schulgebäuden herrschen. Zwar wird man, so Müller, nicht umhin kommen, auch immer wieder eine Doppelnutzung von Räumen in Betracht zu ziehen, doch wenn dies zur Regel werden sollte, gilt es verschiedene Faktoren zu berücksichtigen, beispielsweise auch das Mobiliar in Klassenräumen, das dann auch für die Hortarbeit, die nun mal kein Unterricht ist und anderen pädagogischen Grundsätzen folgt, nutzbar sein muss. Letztlich sind alle Horte an freie Träger übertragen, leisten eine gute und verlässliche Arbeit und sind eben keine bloßen Anhängsel der Schulen, die nicht wie die Horte im Zuständigkeitsbereich des Jugendamtes liegen, wo zumindest schon mal *ein* Anhaltspunkt für so manches Problem gesehen werden kann. Denn, so Müller, dass die Zusammenarbeit zwischen Fachbereich Schule und Jugendamt traditionell arg große Reserven hat, ist ein offenes Geheimnis und führt schon mal dazu, dass der Jugendhilfeausschuss bei aktuellen Drucksachen zu Schulsanierungen gar nicht mit eingebunden ist und somit spätere Hortprobleme quasi vorprogrammiert sind. Aktuelles Beispiel ist die Drucksache des Oberbürgermeisters zur Vorplanung zum Schulzentrum in der Albert-Vater-Straße, die zudem nicht einmal mehr dem Bildungsausschuss zur Kenntnis gelangen soll. Dabei werden gerade hier mit den Grundsatzentwürfen zum Raumkonzept wichtige Vorentscheidungen für oder eben auch gegen so manches pädagogische Konzept getroffen.

Dies alles zu verhindern und optimaler zu gestalten ist Ziel unseres Antrages für ein belastbares und zukunftsfestes Hortentwicklungskonzept, dem alle Fachausschüsse wie auch der Stadtrat selbst erfreulicherweise einstimmig gefolgt sind.

Antrag

DIE LINKE. Fraktion

Hortentwicklungskonzept

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Absprache mit dem Jugendamt und dem Fachbereich Schule ein gemeinsames Konzept zur Fortschreibung der Hortentwicklung im Kontext demographischer Kennziffern und aktueller Schulsanierungsmaßnahmen zu erstellen und dem Stadtrat spätestens zum Ende des II. Quartals 2011 zur Beschlussfassung vorzulegen. Darin sind u.a. bereits heute bekannte Raum-/Kapazitätsprobleme wie bspw. am Standort Westring oder Friedenshöhe einer Lösung zuzuführen.

Des Weiteren sind auch Erfahrungen und Best-Practice-Beispiele der einzelnen Träger vor Ort modellhaft zu berücksichtigen.

Ebenso ist die Frage der künftigen Personal- und Fachkräfteentwicklung im Kontext des entsprechenden Berufsbildes zu betrachten.

Begründung:

Die Frage der künftigen Entwicklung im Bereich der Horte hinsichtlich Bedarfe und räumlicher Kapazität einschließlich des notwendigen Fachpersonals ist von immenser Bedeutung. Da sich der Rechtsanspruch abgeleitet aus dem Kinderförderungsgesetz gegen die Kommune richtet, muss auch eine bedarfsgerechte Versorgung gesichert sein. Momentan gelingt das nicht an allen Standorten ohne Einschränkungen (GS Am Westring, GS Friedenshöhe).

Erschwerend wird aktuell deutlich, dass gerade bei unlängst realisierten Schulumbaumaßnahmen im Rahmen von PPP (bspw. GS Friedenshöhe, GS Leipziger Straße) hinsichtlich des Raumbedarfs nicht unbedingt optimal geplant worden ist. In diesem Kontext gilt es auch die Zusammenarbeit zwischen Jugendamt und KGM kritisch zu hinterfragen und wo nötig, zu verbessern.

Oliver Müller

Magdeburg, den 12.04.2011